



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 310. Mittag-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 7. Juli 1869.

## Deutschland.

Berlin, 6. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Sanitäts-Rath Dr. Hoffmann zu Gladbach den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem evangelischen Pfarrer und Schulinspector Zimmermann zu Wiebelskirchen im Kreise Wittmoller und dem Stadtrichter, Secretär und Sportelrevisor, Rechnungs-Rath Büsser zu Berlin den rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Musik-Director Bilze zu Berlin den königl. Kronen-Orden dritter Klasse verliehen; die praktischen Ärzte, Sanitäts-Räthe Dr. Otto Carl und Dr. August Julius, Gebrüder Steinrad in Berlin, unter dem Namen „von Steinrad-Steinrad“ geachtet; dem Regierungs- Hauptkassen-Ober-Buchhalter Schiller in Gumbinnen den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen; so wie die Wahl des Mittergutsbesizers von Plandenburg auf Zimmerhausen zum General-Landschafts-Rath der pommerschen Landschaft für den ferneren sechsährigen Zeitraum bis Johanni 1875 bestätigt.

Der Thierarzt I. Klasse Schenk zu Seelow, Regierungsbezirk Frankfurt, ist zum Kreis-Thierarzt des Kreises Deutsch-Crone ernannt worden.

Berlin, 6. Juli. [Ihre Majestät die Königin] gewährte gestern in Berlin dem spanischen Gesandten die nachgesuchte Antrittsaudienz und besichtigte die entstehenden Gebäude des Frauen-Lazareth-Bereichs im Invalidenpark. Heute findet für Ihre Majestät die Königin von Bayern Diner zu Schloß Babelsberg statt, zu welchem die königl. Familie und die königl. bayerische Gesandtschaft geladen ist. (St.-Anz.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Bose, General-Major und Commr. der 20. Div., die Uniform des 1. Thür. Inf.-Regts. Nr. 31, unter Stellung à la suite dieses Regts. verliehen. v. Bothwell, Capitain zur See, mit Pension zur Disposition gestellt. Goeter, Marine-Hafenbau-Director, zum Geheimen Baurath mit dem Range eines Rathes dritter Klasse ernannt.

Berlin, 6. Juni. [Die Abreise des Königs. — Graf Stolberg. — Frhr. v. Werther in Wien. — Die Dinge in Rumänien. — Eisenbahngesetz. — Provinzial-Synode.]

Neueren Bestimmungen zufolge ist die Abreise des Königs nach Gmünd vermuthlich in Folge vom verlängerten Aufenthalt der Königin-Wittve von Bayern abermals verschoben worden, und wird nicht vor Montag, den 12. d. M., erfolgen. — Der Minister des Innern hat sich heute nach Magdeburg begeben. Sein Besuch dürfte mit der Erweiterung der Festung und der dadurch berührten communalen Interessen im Zusammenhang stehen. — Die Nachricht von der Ernennung des Präsidenten des Herrenhauses Graf zu Stolberg zum Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien bestätigt sich. Derselbe war bekanntlich früher längere Jahre Landrath des Kreises Landesbut in Schlesien und war schon damals für eine höhere Verwaltungsstelle in Aussicht genommen. Seine langjährige Leitung des Herrenhauses hat ihn aber mit allen Zweigen der Verwaltung und Gesetzgebung näher vertraut gemacht. Seiner Persönlichkeit lassen alle, die irgendwie mit ihm in Berührung gekommen, auch solche, die seinen politischen (und religiösen?) Standpunkt nicht theilen, alle Gerechtigkeit widerfahren. — Wiener Blätter suchen auf jede Weise auf den Ruf zu schlagen, ob wohl Herr v. Werther die Stelle als Botschafter in Paris erhalten werde, und erfinden, offenbar um Entgegnungen hervorzuheben, alle möglichen Aeußerungen, die Herr v. Werther im Sinne seines Verbleibens in Wien gethan haben soll, und die Natur dieser Aeußerungen ist zum Theil so, daß Jedem, der Herrn v. Werther und seine Discretion kennt, die plumpe Erfindung sofort ersichtlich ist. Aus zuverlässiger Quelle versichern wir, daß über die Besetzung der Vacanz in Wien noch absolut keine weitere positive noch negative Bestimmung getroffen ist. — Die Feinde Rumäniens verbreiten wieder in der Presse die alten Erdichtungen über die Gefährdung der Stellung der rumänischen Regierung, namentlich aber der Stellung des Fürsten. Unter Anderem wird gesagt, daß Fürst Couza sich im Geheimen nach Rumänien begeben habe und in irgend einer Vorstadt Revolutionszwecke verfolge. Auf das Militär könne sich der Fürst nicht verlassen; ein Bataillon von Truppen genüge, um die rumänische Armee zum Abfall zu bringen u. s. w. Das Ganze ist, wie man erfährt, nichts als Erdichtung. Couza ist nicht nach Rumänien, sondern nach einem Bad gegangen, und daß er gewiß nicht ein Einem der Rumänen beliebte Persönlichkeit ist, haben sie ihm genugsam bewiesen. Was an der Sache am meisten auffällig ist, daß die „Station“ sich vorzugsweise zur Verbreitung solcher Alarmnachrichten gebrauchen läßt. — Die Handelskammer von Elberfeld und Barmen hat bei dem Handels-Ministerium beantragt, daß ein allgemeines Eisenbahngesetz angefertigt werde, welches sowohl die Haftpflicht und die rechtliche Stellung der Eisenbahngesellschaften dem Publikum gegenüber, als auch die Frage der Differenzentscheidungen und die Normen möglichst gleichmäßiger Tarifirung behandelt, ein Gesetz, welches die Eisenbahnen als gemeinnützige Institute betrachtet, denen es nicht gestattet ist, durch Fracht-Differenzen eine Concurrenzfähigkeit einzelner Geschäftsbranchen und Plätze zu untergraben. Hieranderte die Mittheilung anzuschließen, daß die Handelskammer zu Neuss an das Bundeskanzleramt ein Gesuch gerichtet hat, nach welchem durch Modification des Art. 424 des Allg. Deutschen Handelsgesetzbuchs festgestellt werden soll, daß den Eisenbahnverwaltungen die Aufstellung neuer Bedingungen, wodurch denselben obliegende Verpflichtungen hinsichtlich der Haftpflicht als Frachtführer abgeändert oder aufgehoben werden, durchaus unterliegt, daß sie vielmehr die volle Verantwortlichkeit für die richtige Ablieferung der Waaren in Bezug auf Güte, Gewicht, Menge und Stückzahl zu tragen haben. — Mit Rücksicht darauf, daß noch im laufenden Jahr die Berufung von außerordentlichen Provinzial-Synoden erfolgen soll, werden die Kreis-Synoden, welche noch nicht stattgefunden haben, spätestens im Laufe dieses Monats abgehalten werden.

[Der Ober-Regierungsrath Binger] in Liegnitz ist in gleicher Eigenschaft an die Regierung zu Frankfurt a. O. versetzt und ihm die Direction der Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten übertragen worden.

[Dem zum Ober-Regierungsrath ernannten Regierungsrath Koch], bisher Hilfsarbeiter im Finanzministerium, ist die Finanz-Abtheilung zu Liegnitz übertragen worden.

[Beschlagnahme.] Die Schrift: „Der Proceß Fournier, actenmäßig zusammengestellt von Wolfgang Bernhardt“ (Berlin 1869, Verlag von H. Bergmann) ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Bromberg, 4. Juli. [Conflikt zwischen Magistrat und Schuldeputation.] Die Bestätigung des Lehrers an der hiesigen Realschule, Dr. Dubislaw, zum Rector der städtischen höheren Mädterschule, welche vor einigen Tagen erfolgt ist, ist die Entscheidung eines Conflictes zwischen Magistrat und Schuldeputation zu Gunsten des Ersteren. Neben Herrn Dubislaw hatte die Schuldeputation noch

zwei andere auswärtige Bewerber dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen, dieser aber Herrn Dubislaw gewählt, ohne die beiden anderen Bewerber zu einer Probelection nach Bromberg kommen zu lassen. In Folge dessen lief bei der Regierung ein Protest ein, welcher von mehreren Mitgliedern der Schuldeputation, u. A. dem Consistorialrath Laube unterzeichnet war und Versagung der Bestätigung forderte. In der That trug die Regierung dem Magistrat auf, noch einmal zu wählen, dieser aber blieb bei seiner ersten Wahl stehen, die denn auch jetzt bestätigt worden ist. (D. Z.)

Kiel, 6. Juli. [Das Postdampfschiff „Zyland“] traf heute erst 5 Uhr 25 Min. früh aus Kopenhagen ein. Die Passagiere und die Briefpost haben noch mit dem Gelingen nach Altona Beförderung erhalten. Die Fahrpost ist mit dem Zuge 7 Uhr 5 Min. weiter gefandt worden.

Leipzig, 4. Juli. [Der Urlaub der Abgeordneten.] Nach Artikel 75 der sächsischen Verfassung haben Staatsbedienstete, wenn sie zu Abgeordneten gewählt werden, dies ihrer Dienstbehörde anzuzeigen, welche die Genehmigung zur Annahme der Wahl zu erteilen und beziehungsweise wegen Vertretung der Gewählten im Amte Fürsorge zu treffen hat. Die Genehmigung soll ohne erhebliche, in dem Wesen des Amtes beruhende Gründe nicht versagt werden. Die Gründe der Versagung sind eventuell der Kammer mitzutheilen. In der nun 36 Jahre alten Geschichte des sächsischen Constitutionalismus ist kein Fall einer Urlaubsverweigerung für einen zum Abgeordneten gewählten Staatsbediensteten bekannt. Bei einem der aus den diesmaligen Wahlen hervorgegangenen Leipziger Abgeordneten, einem Lehrer an der hiesigen Realschule, Dr. Panitz, trug die nächste Dienstbehörde, die Kirchen-Inspection wegen der allerdings schwierigen Vertretung desselben in seinem Amte Bedenken, die Genehmigung auf eigene Hand zu erteilen und berichtete deshalb an die hiesige Kreisdirection, welche jedoch sofort den nöthigen Urlaub erteilte. Um so mehr fällt es auf, daß, wie verlautet, das schon vor mehr als drei Wochen an das Cultusministerium eingereichte Urlaubsgeßuch des Prof. Biedermann bis dato ohne Antwort ist, so daß derselbe sein Mandat als Abgeordneter noch nicht empfangen hat. Da Biedermann nur eine außerordentliche Professur bekleidet, also kein bestimmtes Fach vertritt, welches durch seine Abwesenheit auf dem Landtage unvertreten bliebe, so ist eine Nichtgenehmigung seines Eintritts in den Landtag nach der angeführten Verfassungsbestimmung nicht wohl denkbar. Auch wäre es unseres Wissens der erste Fall einer Urlaubsverweigerung in Sachsen. (R. Z.)

Darmstadt, 6. Juli, Mittags. [In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer] gelangte die Angelegenheit der Mainzer Convention zur Verhandlung. Der Berichterstatter der Commission, Abg. Hoffmann-Förstner, macht Mittheilung, daß die Actenstücke der Convention dem Ausschusse zugegangen wären und beantragt, den Antrag Hoffmann abzulehnen, die Regierung jedoch zu ersuchen, eine Gesetzesvorlage bezugs Regulation der Kirchenverfassung einzubringen. (Der Antrag Hoffmann verlangt bekanntlich Vorlage der neuen Convention von 1856 sowie der Antwort auf den Brief des Bischofs von Mainz vom 20. September 1866 resp. der Verfügung vom 6. October 1866, angeblich die Aufhebung der Convention betreffend). Die Minister wohnten der Verhandlung an.

München, 6. Juli. [Das Eigenthum der Bundesfestungen.] Die officiöse „Correspondenz Hoffmann“ meldet: In der heutigen Sitzung der Bundes-Liquidations-Commission haben sich sämtliche Bevollmächtigte, indem sie den Standpunkt ihrer Regierungen über die Behandlung des Eigenthums der vormaligen Bundesfestungen darlegten, gegen die Theilung des Materials in natura oder durch Verkauf und Repartition des Erlöses ausgesprochen, weil dieses weder im Interesse der süddeutschen Staaten liege, noch ohne große Opfer durchzuführen sei.

Leipzig, 3. Juli. [Von der päpstlichen Armee.] In der letzten Zeit sind hier über Schur kommend sehr viele Deutsche durchgepaßert, die in den Fremdenkörper der päpstlichen Armee bisher dienend, jetzt nach beendeter Capitulation in ihre Heimath zurückkehren. Wir haben uns mit manchen dieser Leute umständlich unterhalten, und einstimmig bestätigten ihre Mittheilungen die alte Erfahrung, wie unrecht der Deutsche thut und welchen bitteren Enttäuschungen er stets ausgesetzt sein wird, wenn er als ein Landsknecht und Soldat in fremde Militärdienste tritt. Ohne Ausnahme klagten diese aus Rom jetzt Zurückkehrenden auf das bitterste über die Zustände, welche im römischen Militär herrschten, und wie namentlich der Deutsche von den vielen Franzosen im päpstlichen Heere hochmüthig behandelt und über die Achsel angesehen, von den Italienern aber auf das heftigste gehaßt wurde. Wie uns hier versichert ward, hat der Zug von Deutschen für die römischen Fremdenkörper in letzter Zeit fast gänzlich aufgehört, und es will so leicht Niemand sich mehr anwerben lassen. Auch sollen sonst Desertionen und Krankheiten die Reihen der Fremdenkörper so lichten, daß ihr Bestand immer mehr abnimmt; Franzosen, Belgier und Irländer bilden jetzt die Mehrzahl dieser Corps. (R. Z.)

## Italien.

Rom, 1. Juli. [Die Desertionen.] fangen an, ernste Beforgnisse wegen des künftigen Zusammenhaltes der einzelnen Corps zu rechtfertigen. Hörte man sonst, schreibt man darüber der „R. Z.“, fast nur von den Carabinieri esteri, so suchen nun auch die Zuaven in der Ausreiserei hinter den Andern nicht zurückzubleiben, alle aber wurden dabei durch ein in Treviso entdecktes Comité unterstützt, dessen Mitglieder bis auf zwei eben noch Zeit hatten, der verfolgenden Polizei zu entgehen. Dazu wurde eine nicht kleine Anzahl noch Dienst-tuender reclamiert, noch mehr erneuerten das zu Ende gegangene Engagement nicht wieder, sondern waren froh, den Abschied in der Tasche, in die Heimath zurückkehren zu können. Die Bildung einer deutschen Legion ist aufgegeben, wogegen eine belgische geschaffen werden soll.

[Marquis of Bute's Conversion] ist von Fra Pasquale Francischi in einer langen Canzone und in Prosa besungen worden, wobei der Dichter die Befehrung von ganz Großbritannien als nah voraussetzt.

[Der Gesandte des Norddeutschen Bundes] am römischen Hofe, Baron v. Arnim, ist nicht nach Berlin, sondern zu einer Badecur nach Rissingen abgereist. Während seiner Abwesenheit vertritt Graf Limburg-Styrum die G. S. H. S.

## Frankreich.

Paris, 4. Juli. [Sociale Reformen. — Religiöse Bewegungen in Deutschland.] Prevost-Paradol drückt heute im

„Journal des Debats“ seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierung, nach der Mittheilung des Staatsministers an die Kammer zu schließen, denn doch den status quo als eine Unmöglichkeit erkenne und ihren Entschluß ausgesprochen habe, in den Weg der Reformen einzulenken. Es fragt sich nun, meint Prevost-Paradol, worin diese Verbesserungen bestehen sollen.

Man hat von socialen Reformen gesprochen. Wenn die Regierung irgend ein Geheimmittel kennt, um die Ungerechtigkeit des Geschicks zu verbessern und uns alle glücklich zu machen, so ist sie strafbar, wenn sie mit der Anwendung desselben bis nach den Wahlen wartet. Aber wenn man im Gegentheil unter dem pompösen Ausdruck „sociale Reformen“ solche Dinge wie die Reform des Detours, die Revision des Nachlaßrechts u. dgl. m. versteht, so möge die Regierung wohl überzeugt sein: solche Reformen dem Lande bieten, als die Verwirklichung der Wünsche, welche die öffentliche Meinung kundgegeben, hieße den Sinn und die Tragweite der Wahlen in ebenso bedenklicher und unkluger Weise mißverstehen, als wenn man dieselben buchstäblich nähme und als einen Sieg für die Regierung, als eine Anerkennung der bestehenden Zustände betrachtete. Wenn kein Zweifel darüber besteht, daß die arbeitenden Klassen eine Verbesserung ihres Looses begehren und diesen berechtigten Wunsch in den Wahlen ausgesprochen haben, so ist eben so wenig zweifelhaft, daß auch die Socialisten selbst vor Allem politische Reformen verlangen. Sie gehen weiter und wollen (wenn auch in unklarer und schwer zu befriedigender Forderung) die Umgestaltung unseres socialen Lebens; aber sie trennen sich deswegen nicht von denjenigen, welche heut politische Reformen begehren. Ganz im Gegentheil. Sie haben das Bortum der letzteren allenthalben durch ihre Bestimmung verstärkt. — Wenn aber über das, was zu geschehen hat, in den Gedanken der Regierung noch eine gewisse Weichheit und Unbestimmtheit vorherrscht, so ist es die Aufgabe des gesetzgebenden Körpers, diesen Jögerungen ein Ende zu machen. Die Haltung, welche die Kammer bei der Prüfung der Mandate und den sich vorbereitenden Interpellationen gegenüber einnehmen wird, dürfte leicht mehr als sie selbst es sich einbildet auf die Entschlüsse der Regierung und mithin auf den Charakter der in Aussicht gestellten Reformen einwirken.

Das „Journal des Debats“ enthält ferner eine Betrachtung über die religiöse Bewegung, welche sich in Deutschland mit Rücksicht auf das Concil vollzieht. Wir entnehmen derselben folgende Sätze:

„Die Partei der Jesuiten täuscht sich, wenn sie glaubt, die deutsche Kirche wie die Kirchen von Frankreich, Belgien, Oesterreich und Italien behandeln zu können. In Deutschland leben die beiden christlichen Bekenntnisse seit 300 Jahren in einer Art gemischter Ehe. Die Gewohnheiten der Toleranz haben Wurzel gefaßt; es wäre nicht gerathen, sie zu verlegen. Deutschland hat sich durch die Wissenschaft gebildet und die Wissenschaft ist dort eine National Sache. Man hat Unrecht, dies Gefühl zu verbinden, indem man die deutsche Wissenschaft durch die Waffe des Zunders — telum imbello sine ictu — bekämpft und die Universitäten, die Lieblingskinder Deutschlands in den Bann thun will. Es ist unklug, ein Volk zum Aeußersten zu treiben, wo die Gläubiger die Gewohnheit haben zu denken und sich thätig um die religiösen Angelegenheiten zu bemühen, ein Volk, dessen freireligiöse und nationale Bestrebungen in diesem Augenblicke sehr rege sind.“

[Parlamentarisches.] Gestern Abend fand im Budgetsaale des gesetzgebenden Körpers eine Versammlung aller Unterzeichner des Petitionsgeßuches des linken Centrums statt. Chevandrier de Valdrôme präsidirte. Die Sitzung begann um neun Uhr und endete um Mitternacht. Es waren über 80 Deputirte anwesend. Nach einer Darlegung der Lage durch den Präsidenten schritt man zur Discussion. Zwei Propositionen wurden gestellt. Die Einen wollten, daß man ein vollständiges Programm über die Aspirationen und Wünsche des Landes aufstelle und diese im Einzelnen aufführe, nämlich Abschaffung der officiellen Candidaturen, Wahl der Maires durch die Gemeinderäthe u. s. w. Dieser Antrag wurde von Sivrac, Keller und Estancelin unterstützt. Die Anderen wollten, daß man nur die Hauptfrage betone und die ministerielle Verantwortlichkeit und die volle Selbstständigkeit der Kammer verlange, um so zur Regierung des Landes durch das Land selbst zu gelangen. Letzteren Antrag vertheidigten Talhouët, Buffet, Ségris, Paulmier, Daru, Lefevre-Pontalis und Emil Olivier. Nach der Rede des Letzteren wurde die Discussion geschlossen, zur Abstimmung geschritten und der zweite Antrag von der ganzen Versammlung mit Ausnahme von sechs Stimmen angenommen. Es wurde hierauf eine Commission ernannt, um eine definitive Redaction zu formuliren. Diese Commission besteht aus den Herren Chevandrier de Valdrôme, Daru, Ségris, Buffet, Lefevre-Pontalis und Emil Olivier. Heute um 2 Uhr fand nun im gesetzgebenden Körper eine Sitzung der Commission des linken Centrums statt, und um 3 Uhr versammelten sich die Unterzeichner des Petitionsgeßuches zu einer neuen Berathung.

[Das Du Miral'sche Appellationsgeßuch] geht der „Patrie“ nicht weit genug und findet, wie sie sagt, in der Kammer nur geringen Anklang, weshalb es denn auch laut „Public“ zurückgenommen ist und gar nicht gestellt werden wird.

[Personalien.] Der Bicekönig von Egypten ist gestern Abend wieder in Paris eingetroffen. — Die Fürstin Metternich ist gestern nach dem Johannisberg abgereist.

## Spanien.

Madrid. [Prim, Rivero und der „Wahrheitsbund“.] Der Präsident der Cortes ist bestrebt, seine Stellung und seinen Einfluß durch immer neue Rathungen mit den progressivsten und monarchisch-demokratischen Zeitungen zu stärken; die bekanntesten derselben sind Iberia, Imparcial, Certamen, Nacion, Universal, Novedades, Cortes und Puente de Alcala. Das ersgenannte Blatt hat diese Pressgenossenschaft den Wahrheitsbund (coalicion-verdad) getauft, ein Name, der den allgemeinen Beifall der Täuflinge gefunden hat. Die Bestrebungen dieses Bundes richten sich vornehmlich gegen das jetzige Ministerium, von welchem nur Prim und Topete bleiben sollen (über Sagasta und Zorilla sind nicht alle einverstanden), sodann gegen die unionistische Partei im Allgemeinen und gegen deren Führer Dios Rosas, weiland Cortespräsidenten, insbesondere. Es wird vor Allem betont, daß das Heil des Landes in einem innigen Zusammengehen des Ministerpräsidenten Prim und des Cortespräsidenten Rivero liege (d. h. den Progressivsten und den Demokraten soll der Böwenantheil der öffentlichen Aemter zufallen); doch wird gleicher Weise die Nothwendigkeit hervorgehoben, die durch die Vertreibung der Bourbonen errungene Freiheit nicht wieder zu einem Schatten hinschwinden zu lassen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn der „Wahrheitsbund“ sich zugleich zur Abwehr der Ansprüche des Herzogs von Montpensier bestimmt zeigte.

[Carlistische Banden.] Sind es Landsknechte irgend einer Partei, die sich mit dem Gedanken an eine Silberbeute trägt, oder sind es Strahdritter, die auf eigene Faust dem Räuberbandenwerke nachgehen, diese Banden, welche in beruhigender Zahl in mehreren Provinzen zugleich aufgefunden werden? Oder vereinigen sie vielleicht jene beiden Eigenschaften, wie es ja in romanischen Ländern, wo Politik und Blünderung manchmal zum Verwechseln nahe beieinander liegen, keine seltene Erfahrung ist? Aus Madrid sind fünfzig Leute nach Asturien abgereist, welche zu den dortigen Carlistenstößen wollen, lautet die eine Nachricht; bei Almunia in Aragonien sind vierzig Carlisten erschienen, die andere. Gegen eine bewaffnete Bande, welche die Gebirgslandschaft zwischen Alcoy und Fuente de la Higuera un-

\*) Wir waren demnach gut unterrichtet, als wir die Nachricht bereits in Nr. 308 der „Bresl. Z.“ mittheilten.



